



Rat der  
Europäischen Union

Brüssel, den 30. November 2017  
(OR. en)

14990/17

SOC 767  
EMPL 584  
ECOFIN 1045  
EDUC 441

## VERMERK

---

Absender:           Vorsitz  
Empfänger:        Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat  
Betr.:              Europäisches Semester 2018

---

Die Delegationen erhalten anbei einen Orientierungsvermerk des Vorsitzes für den Gedankenaustausch über das Paket des Europäischen Semesters 2018 auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 7. Dezember 2017.

## Europäisches Semester 2018

### *Orientierungsvermerk des Vorsitzes*

Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)

am 7. Dezember 2017

Da die wirtschaftliche Lage sich mittlerweile stabilisiert hat und unsere Volkswirtschaften wieder anfangen zu wachsen, müssen wir sicherstellen, dass jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger hiervon profitiert. Das gebietet sich nicht nur, weil wir höhere Beschäftigungsraten und einen besseren Sozialschutz für alle versprochen haben, sondern auch weil soziale Gerechtigkeit die Grundlage für gut funktionierende und produktive Gesellschaften bildet. Darüber hinaus ist es unerlässlich, um dem europäischen Projekt neuen Schwung zu verleihen.

Die beschäftigungs- und sozialpolitische Lage in der EU wird allmählich besser. Die Beschäftigungsrate steigt wieder an und die Arbeitslosenquote nimmt ab in Richtung Vorkrisenniveau; im zweiten Quartal 2017 betrug sie in der EU-28 7,6 % im Vergleich zu 8,5 % im Vorjahr. Die Lohnzuwachsrate sind jedoch weiterhin niedrig, und obwohl Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit rückläufig sind, sind die Quoten nach wie vor hoch und sinken nur langsam. Auch die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Beschäftigung und beim Einkommen bestehen fort. Die Einkommensungleichheit ist weiterhin hoch, und es ist nur eine leichte Besserung festzustellen. Die Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen ist nach wie vor auf einem unannehmbar hohen Niveau. Obwohl das Wachstum mittlerweile in allen Mitgliedstaaten spürbar ist, bleiben regionale Unterschiede bestehen. Daher ist klar: Wir dürfen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen und müssen die Strukturreformen fortsetzen, damit mehr investiert und eine stabilere, inklusivere, produktivere und widerstandsfähigere Wirtschaft garantiert wird.

Die Kommission hat der von ihr verkündeten europäischen Säule sozialer Rechte einen wichtigen Platz in ihrem Wirtschaftspaket 2018 eingeräumt, insbesondere indem sie zum ersten Mal das sozialpolitische Scoreboard in dem Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts einsetzt. Ferner schlägt sie vor, die beschäftigungspolitischen Leitlinien 5 bis 8 zu aktualisieren, um sie in Einklang mit den Grundsätzen der Säule zu bringen. Im Jahreswachstumsbericht 2018 schlägt die Kommission erneut vor, die Wiederankurbelung der Investitionstätigkeit, die Fortsetzung von Strukturreformen und die Sicherstellung verantwortungsvoller Haushaltspolitik als wichtigste Prioritäten beizubehalten.

In den vergangenen Jahren haben wir bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Strukturreformen viel dazugelernt, in erster Linie im Hinblick auf die Stabilisierung unserer Volkswirtschaften und die Belebung unserer Arbeitsmärkte. Wenn diese Bemühungen dauerhafte Ergebnisse erzielen sollen, müssen wir dafür sorgen, dass wir den Herausforderungen umfassend mit politischen Konzepten und Maßnahmen begegnen. Diese müssen die Steuer- und Sozialversicherungssysteme, Bildung und Kompetenzen, Gesundheitsversorgung sowie Lohnpolitik einschließen und sicherstellen, dass innovative Formen der Arbeit Hand in Hand mit angemessener Arbeitsplatzsicherheit und sozialem Schutz gehen. Die Reformen müssen in geeigneter Weise bei den Ungleichheiten, bei sozialer Exklusion und Armut ansetzen. Dafür sind soziale Investitionen erforderlich, d. h. Investitionen in Humankapital – in unsere Bürgerinnen und Bürger. Bei all dem kommt den Sozialpartnern eine zentrale Rolle zu.

Den Begriff "soziale Investitionen" gibt es schon lange, er ist aber erst in den letzten Jahren in der öffentlichen Diskussion stärker in den Vordergrund getreten. Die Krise hat gezeigt, dass die Regionen, in denen die Menschen ein soziales Sicherheitsnetz hatten, das sie aufgefangen und ihnen die erforderliche Unterstützung gegeben hat, um neue Kompetenzen zu erwerben, die Wirtschaftskrise besser durchstanden haben als andere. Einige Investoren haben in den letzten Jahren erkannt, dass sie mit Investitionen in soziale Projekte Gewinne erzielen und gleichzeitig ihre Gemeinschaft unterstützen können. Die Verbraucher sind sich immer stärker bewusst, welchen ökologischen und sozialen Fußabdruck sie mit den von ihnen erworbenen Erzeugnissen und Dienstleistungen hinterlassen; deshalb haben auch Unternehmen ein stärkeres Interesse an sozialen Investitionen. Die Politik sollte da nicht zurückstehen.

Vor diesem Hintergrund werden die Ministerinnen und Minister um ihre Ansichten zu dem Herbstpaket des Europäischen Semesters 2018 gebeten. Insbesondere sollten sie sich zu folgenden Fragen äußern:

- 1) Sind die gemeinsamen Zielsetzungen noch korrekt oder sollten sie korrigiert werden?
- 2) Sind die in dem Jahreswachstumsbericht und dem Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts dargelegten Prioritäten angemessen und sorgen sie für Nachhaltigkeit?